

EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

JULI 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

Am 23. und 24. Juni 2022 trafen sich die Staats- und Regierungschefs zum turnusgemäßen Europäischen Rat. In der Sitzung wurde der Ukraine der Beitrittskandidatenstatus verliehen. Die Republik Moldau soll diesen Beitrittskandidatenstatus erst erhalten, wenn einzelne Bedingungen (Reformen) erfüllt sind. Dies ist ein deutliches politisches Bekenntnis der EU, dass die Ukraine zur europäischen Wertegemeinschaft gehört und man die Menschen in der Ukraine nicht im Stich lassen möchte. Hierbei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass der Beitrittskandidatenstatus eine rein politische Kategorie ist, aus der keine rechtlichen Folgen erwachsen und die auch nicht in den europäischen Verträgen enthalten ist. Damit ist auch nicht die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen verbunden. Hierfür muss die Ukraine erst noch Reformen zur Korruptionsbekämpfung und zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit einführen. Damit hat die Ukraine noch einen langen Weg vor sich.

Auf diesem Weg wird die EU die Ukraine (und die Republik Moldau) aber begleiten, denn die bevorstehenden Aufgaben sind riesig. Experten schätzen schon jetzt, dass der Wiederaufbau der Ukraine hunderte Milliarden € kosten dürfte. An diesen Kosten wird sich die EU solidarisch beteiligen, auch wenn die Ukraine diese Leistungen nicht zurückzahlen können wird.

Damit wird auch der Konflikt deutlich, in dem sich die EU momentan befindet. Die EU muss zeitgleich sich zuspitzende multiple Krisen meistern und sich den Herausforderungen der Zukunft stellen.

Zu den Krisen gehören nicht nur die eskalierende Konfrontation mit Russland, sondern auch die explodierenden Energiepreise in der EU. Die Staats- und Regierungschefs haben über die Möglichkeit einer Preisdeckelung für Energieträger diskutiert. Diese funktioniert allerdings nur, wenn diese global durch alle Staaten unterstützt wird. Eine einseitig durch Europa verkündete Deckelung dürfte nur zu weiterer Angebotsverknappung und zu noch stärker steigenden Preisen in Europa führen. Die Überwindung der Energieabhängigkeit von Russland bleibt damit ein vordringliches Ziel, das sich aber nicht über Nacht erreichen lässt. Folge der explodierenden Energiepreise sind auch die zunehmend dunklen Wolken, die über der wirtschaftlichen Entwicklung Europas aufziehen. Die weiterhin hohe Inflation, geringes Wirtschaftswachstum und steigende Zinsspreads beginnen die Refinanzierung erster südeuropäischer Mitgliedsstaaten zu erschweren.

Zu den Herausforderungen der EU gehören zudem der Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft und die Frage wie eine immer größer werden EU sich reformieren will, um handlungsfähig zu bleiben. Außer der Ukraine und der Republik Moldau wollen nämlich auch einige Balkanstaaten wie das Kosovo, Nord-Mazedonien und Bosnien-Herzegowina nach jahrelangem Warten endlich Mitglieder der EU werden. Vor diesem Hintergrund muss also diskutiert werden, wie ein zukünftiges Europa aussehen soll, und wie man in Zukunft einen Konsens über die wichtigsten politischen Fragen erzielen möchte. Dazu haben die Mitgliedsstaaten gänzlich unterschiedliche Vorstellungen...

Ein bekanntes Sprichwort lautet: „In der Krise werden Helden geboren.“ Hoffen wir, dass auch ein paar europäische Helden dabei sind.

Dr. Merten Barnert

Inhaltsverzeichnis

1. Übergreifende Themen	5
Kommission legt erste Analyse der Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas vor	5
EU-weite Umfrage: Unterstützung für EU wächst angesichts des Krieges in der Ukraine	5
Kommission empfiehlt Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine	5
Einheitliche Ladegeräte für Elektrogeräte ab 2024	5
EVP wählt Manfred Weber (CSU) zum Vorsitzenden	6
EU gibt polnische Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds frei	6
Nordirland-Protokoll: EU-Kommission startet Verfahren gegen UK	6
2. Inneres, Bau und Digitalisierung	7
Türkei: EU stellt weitere 50 Millionen € humanitäre Hilfe für schutzbedürftige Flüchtlinge bereit	7
Einigung zur Verordnung über landwirtschaftliche Statistiken	7
3. Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung	8
Frauen in Aufsichtsräten: Verbesserung des Geschlechtergleichgewichts in Unternehmen	8
4. Finanzen	9
EU-Haushalt 2023: Welt im Wandel gestalten	9
Steuereinnahmen in der EU sinken – öffentliche Ausgaben steigen	9
5. Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus, Arbeit, Energie	11
Europäisches Parlament billigt Pläne zur Auffüllung der Gasspeicher vor dem Winter	11
EP-Ausschüsse Umwelt und Wirtschaft lehnen KOM-Vorschlag zur Taxonomie ab	11
Zugang zu Beschäftigung für Flüchtlinge aus der Ukraine	11
EU einigt sich auf einheitliche Standards für Mindestlöhne	11
Neue Finanzierungsmodelle für Investitionen in Energieeffizienz und ökologischeres Wohnen	12
Rat nimmt Gasspeicher-VO an	12
Flexibler auf Krisen reagieren: Einfachere Regeln für EU-Kohäsionspolitik	13
6. Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume, Umwelt	14
Kommission: Mitteilung zur EU-Fischereipolitik	14
Einigung zur Verordnung über landwirtschaftliche Statistiken	14
Europäischer Grüner Deal: Weniger chemische Pestizide, umfassende Renaturierung	14
7. Bildung, Jugend	16
35 Jahre Erasmus+	16
Rat nimmt Empfehlung zum Lernen für den grünen Wandel an	16
Rat empfiehlt europäischen Ansatz für Microcredentials	16
Neues Erasmus+-Pilotprojekt wird Gütesiegel für Hochschulen erproben	16
Neue Europäische Bildungsplattform	16
8. Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten	17
EU-Forschungskooperation - Schweiz und UK	17
Kultur und Kreativität	17
EU geförderter Film in Cannes mit Goldener Palme ausgezeichnet	17
9. Soziales, Gesundheit und Sport	18
Digitales COVID-Zertifikat der EU ein weiteres Jahr gültig	18
Affenpocken: EU sichert Impfstoffe für die Mitgliedstaaten	18
10. Europäischer Ausschuss der Regionen	19
Europäischer Ausschuss der Regionen: 150. Plenarsitzung	19
Europäisches Netz der regionalen und lokalen EU-Beauftragten	19
Den Menschen die EU näherbringen: Neues Projekt gestartet	19
11. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	20

Einberufung „MV Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“	20
Nachhaltige Meerespolitik: EU verstärkt ihr Engagement	20
12. Laufende Konsultationen	21
13. Termine	25
Use of innovative technologies for agricultural early warning systems	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER)	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Affordable and sustainable housing in the EU	Fehler! Textmarke nicht definiert.
14. Ansprechpartner(innen)	26

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrundeliegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

Kommission legt erste Analyse der Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas vor

Die Kommission hat am 17. Juni eine Mitteilung angenommen, in der sie darlegt, wie sie die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas umsetzen kann. Die Konferenz kam am 9. Mai 2022 nach einem Jahr zum Ende. Bei der Abschlussfeier in Straßburg nahmen die Präsidentin des Europäischen Parlaments, die Kommissionspräsidentin und der Präsident des Rates von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz einen Abschlussbericht entgegen, der 49 breit gefächerte, ehrgeizige und zukunftsorientierte Vorschläge und 326 einzelne Maßnahmen enthält. Die Darstellung der Kommission unterscheidet vier Kategorien: bestehende Initiativen, die den Gegenstand der Vorschläge bereits behandeln (z. B. das Europäische Klimagesetz), Initiativen, die schon von der Kommission vorgeschlagen wurden und nun vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden müssen (z. B. das neue Migrations- und Asylpaket), geplante Maßnahmen, mit denen die Ideen umgesetzt werden und in die neue Überlegungen aus der Konferenz einfließen werden (z. B. der Rechtsakt zur Medienfreiheit), und durch die Vorschläge angeregte neue Initiativen oder Arbeitsbereiche, die in die Zuständigkeit der Kommission fallen (z. B. Fragen der psychischen Gesundheit). Die ersten neuen Vorschläge sollen im September 2022 in der Rede zur Lage der Union von der Leyen sowie in der dazugehörigen Absichtserklärung angekündigt werden.

[Pressemitteilung](#)

EU-weite Umfrage: Unterstützung für EU wächst angesichts des Krieges in der Ukraine

Fast zwei Drittel (65 %) der Europäerinnen und Europäer halten die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache. Dies ist der höchste Wert seit 2007, als er bei 58 % lag. Die EU-Mitgliedschaft wird von einer relativen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in allen Staaten als „eine gute Sache“ angesehen, mit Ausnahme Griechenlands und der Slowakei, wo mehr Befragte die Mitgliedschaft als „weder eine gute noch eine schlechte Sache“ ansehen. Im Vergleich zur letzten Parlameter-Umfrage des Parlaments, die Ende 2021 durchgeführt wurde, sind die Ergebnisse in den meisten Staaten deutlich gestiegen, insbesondere in Litauen (+20 Prozentpunkte), Malta (+12 Prozentpunkte) und Estland (+9 Prozentpunkte). In Deutschland halten 77 % der Befragten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache, in Österreich 46 %. 52 % der Europäerinnen und Europäer haben heute ein positives Bild von der EU, 12 % ein negatives. Dieses Ergebnis bedeutet einen Anstieg von 3 Prozentpunkten für ein positives Bild seit November-Dezember 2021. Es entspricht gleichzeitig dem besten Ergebnis, das in den Umfragen des Europäischen Parlaments seit 2007 gemessen wurde. Die nationalen Ergebnisse für ein positives Bild der EU reichen von 76 % in Irland bis 32 % in Griechenland.

Kommission empfiehlt Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine

Die Kommission hat für die Ukraine den Status als Beitrittskandidat empfohlen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte am 17.6. in Brüssel, die Ukraine solle erstens eine "europäische Perspektive" erhalten und zweitens den Kandidatenstatus. Zur Auflage machte von der Leyen "weitere wichtige Reformen" in dem Land. Auch für die Republik Moldau empfiehlt die Kommission den Kandidatenstatus. Zugleich sollten nach Ansicht der Behörde weitere Fortschritte im Beitrittsprozess an konkrete Bedingungen geknüpft werden. In beiden Ländern gibt es unter anderem Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und im Kampf gegen Korruption. Die Behörde legt damit die Grundlage für einen möglichen Beschluss der EU-Mitgliedstaaten. Die mehr als 40 Millionen Bürger zählende Ukraine hatte vor rund dreieinhalb Monaten kurz nach Beginn des russischen Angriffs gegen sie die Aufnahme in die EU beantragt. Kurz darauf reichten auch der kleine Nachbar Moldau sowie das im Südosten Europas gelegene Georgien Beitrittsanträge ein. Moldau hatte zuletzt rund 2,6 Millionen Einwohner, Georgien rund 3,7 Millionen. Das ebenfalls einen EU-Beitritt anstrebende Georgien soll nach der Empfehlung der EU-Kommission hingegen erst nach der Erfüllung von Auflagen den Kandidatenstatus bekommen. (siehe zum Europäischen Rat am 23. Juni das Vorwort).

[Pressemitteilung](#)

Einheitliche Ladegeräte für Elektrogeräte ab 2024

Smartphones und zahlreiche andere Elektrogeräte müssen in der EU voraussichtlich ab Mitte 2024 eine einheitliche Ladebuchse haben. Unterhändler der Mitgliedstaaten und des Europaparlaments einigten sich auf USB-C als Standard-Ladebuchse, wie die Leiterin der Verhandlungen für das EP, Anna Cavazzini (Grüne), sagte. Ihren Angaben zufolge gilt die Regelung etwa für Smartphones, Tablets, Kameras, Kopfhörer und tragbare Lautsprecher. Um gesetzliche Vorgaben zu Ladebuchsen wird schon lange gerungen. Vor mehr als zehn Jahren



widmet sich die EU-Kommission erstmals diesem Thema. 14 Hersteller, unter ihnen auch Apple, einigten sich damals in einer Selbstverpflichtung auf einen einheitlichen Standard für Handy-Netzteile. Bei den Buchsen in Smartphones und Tablets blieben von einst mehreren Dutzend Typen letztlich noch drei übrig: USB-C, Apples Lightning-Anschluss sowie Micro-USB. Angaben der EU-Kommission zufolge könnten durch die neue Regelung knapp 1.000 Tonnen Elektroschrott eingespart werden. Derzeit fielen jährlich geschätzt 11.000 Tonnen Elektroabfall durch entsorgte und nicht benutzte Ladegeräte an, heißt es. Nach der Sommerpause wird die Einigung noch formell vom Rat der EU und dem EP bestätigt werden, bevor der endgültige Text nach Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft tritt. Die Firmen haben in der Folge eine Übergangszeit von 24 Monaten.

[Pressemitteilung](#)

EVP wählt Manfred Weber (CSU) zum Vorsitzenden

Die christdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) hat am 31. Mai 2022 den CSU-Politiker Manfred Weber zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der 49-Jährige hatte als einziger für den Posten kandidiert und auf dem zweitägigen Kongress der EVP in Rotterdam 89% der Delegiertenstimmen erhalten. Weber bleibt zudem Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament. Manfred Weber war bei der Europawahl 2019 als Spitzenkandidat der EVP angetreten. Damals hatte die EVP zwar die meisten Stimmen aller Fraktionen erhalten, Weber konnte aber keine Mehrheit für sich im Parlament organisieren und stieß im Kreise der Staats- und Regierungschefs auf Widerstand, weshalb schließlich Ursula von der Leyen zur Präsidentin der Kommission gewählt wurde.

[Pressemitteilung](#)

EU gibt polnische Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds frei

Die Kommission hat einen Plan gebilligt, der Polen den Weg zur Freigabe von Milliardenbeträgen für die Pandemiebekämpfung ebnet - auch wenn es bisher wenig konkrete Fortschritte bei den Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit gibt, die die Gelder bisher blockierten. Der Pandemiefonds der EU war ursprünglich nicht als Instrument zur Überwachung der demokratischen Normen der Union gedacht. Doch im letzten Jahr wurde er genau dazu, als Brüssel sich weigerte, Warschaus Plan zu genehmigen, rund 36 Milliarden € an Zuschüssen (24 Mrd. €) und Krediten (12 Mrd. €) auszuzahlen, da es Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz und der Nichtumsetzung von Urteilen des obersten EU-Gerichts durch das Land gab. Der Krieg in der Ukraine hat die Dinge jedoch verändert und Warschaus Image in Brüssel von einem Störenfried der Rechtsstaatlichkeit in einen konstruktiven Partner verwandelt. In der Sitzung der Kommission vom 1. Juni 2022 gab es allerdings dem Vernehmen nach Gegenstimmen von z.B. dem Exekutiven Vizepräsidenten Frans Timmermans und Frau Vizepräsidentin Vestager. Präsidentin von der Leyen betonte, die Zustimmung zu dem Plan sei an klare Verpflichtungen Polens bei der Unabhängigkeit der Justiz gebunden.

Nordirland-Protokoll: EU-Kommission startet Verfahren gegen UK

Die Kommission hat am 15. Juni drei Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich eingeleitet und gleichzeitig konkrete Lösungsvorschläge vorgelegt, um den Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland zu erleichtern. Das Vereinigte Königreich hält trotz wiederholter Aufforderungen wesentliche Bestandteile des Nordirlandprotokolls nicht ein und verstößt somit nach Auffassung der Kommission gegen das Völkerrecht. Mit diesen Vertragsverletzungsverfahren soll erreicht werden, dass das Vereinigte Königreich das Protokoll in einer Reihe von Schlüsselbereichen wieder einhält – mit dem Ziel, die Gesundheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der EU zu schützen. Zugleich legt die Kommission weitere Einzelheiten zu möglichen Lösungen vor, um den Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland zu erleichtern. Im Oktober 2021 wurden diese Lösungsansätze erstmalig vorgeschlagen. Die Positionspapiere zeigen auf, wie der Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland erheblich vereinfacht werden kann. Die Kommission fordert die Regierung des Vereinigten Königreichs auf, sich ernsthaft und konstruktiv mit diesen Lösungsvorschlägen zu befassen. Wie üblich wird die Kommission sich dabei eng und kontinuierlich mit dem Europäischen Parlament und dem Rat abstimmen.

[Pressemitteilung](#)

Türkei: EU stellt weitere 50 Millionen € humanitäre Hilfe für schutzbedürftige Flüchtlinge bereit

Die Kommission wird schutzbedürftige Flüchtlinge in der Türkei mit weiteren 50 Mio. € unterstützen. Die Mittel sollen Gesundheitsdienste finanzieren und dazu beitragen, den Geflüchteten Rechtsberatung, psychosoziale Unterstützung und den Zugang zu Personenstandsurkunden zu ermöglichen.

Die Türkei beherbergt derzeit 4 Millionen Flüchtlinge, darunter rund 3,7 Millionen Menschen aus Syrien, die vor dem anhaltenden Konflikt geflohen sind, der ihr Land seit über 11 Jahren verwüstet. Die EU hat in enger Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden die am stärksten Gefährdeten durch humanitäre Projekte unterstützt, die ihren Bedürfnissen Rechnung tragen. Das am 15. Juni angekündigte neue Mittelpaket in Höhe von 50 Millionen € ist Teil des von der Europäischen Kommission im Juni 2021 angekündigten 3-Milliarden-Euro-Pakets zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei bis 2024. Die 50 Mio. € kommen zu den 325 Mio. € an humanitärer Hilfe hinzu, die bereits seit Dezember 2021 für das [Soziale Sicherheitsnetz für Notsituationen](#) in der Türkei angekündigt sind. Damit beläuft sich die humanitäre Hilfe der EU für die Türkei seit 2012 auf insgesamt fast 3,34 Mrd. €.

[Pressemitteilung](#)

Einigung zur Verordnung über landwirtschaftliche Statistiken

Siehe unter [Landwirtschaft](#).

Frauen in Aufsichtsräten: Verbesserung des Geschlechtergleichgewichts in Unternehmen

Der Rat und das Europäische Parlament haben am 7. Juni 2022 eine vorläufige politische Einigung über ein neues EU-Gesetz zur Förderung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in den Leitungsorganen börsennotierter Gesellschaften erzielt. In den letzten zehn Jahren wurden in der gesamten EU Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter in Leitungsorganen erzielt. Die Fortschritte waren jedoch nicht einheitlich. Im Oktober 2021 waren im Durchschnitt nur 30,6 % der Vorstandsmitglieder und lediglich 8,5 % der Vorstandsvorsitzenden Frauen (gegenüber 10,3 % und 3 % im Jahr 2011). Der Rat und das Europäische Parlament sind daher übereingekommen, dass börsennotierte Gesellschaften anstreben müssen, bis 2026 mindestens 40 % der Posten ihrer nicht geschäftsführenden Mitglieder von Leitungsorganen mit Angehörigen des unterrepräsentierten Geschlechts zu besetzen. Wenn Mitgliedstaaten sich dafür entscheiden, sowohl geschäftsführende als auch nicht geschäftsführende Mitglieder von Leitungsorganen einzubeziehen, würde das Ziel 33 % bis 2026 betragen. In Mitgliedstaaten, die diese Ziele nicht erreichen, müssen die Unternehmen transparente Verfahren für die Auswahl und Ernennung der Mitglieder von Leitungsorganen einführen, um Abhilfe zu schaffen, z. B. eine vergleichende Beurteilung der verschiedenen Kandidatinnen und Kandidaten auf der Grundlage klarer und neutral formulierter Kriterien. Ein Land, das vor Inkrafttreten der Richtlinie entweder Fortschritte erzielt hat, die den Zielen nahekommen, oder ebenso wirksame Rechtsvorschriften erlassen hat, kann die Anforderungen der Richtlinie in Bezug auf die Ernennungs- oder Auswahlverfahren aussetzen. Es ist erwiesen, dass ausgewogenere Leitungsorgane bessere Entscheidungen treffen. Wenn mehr Frauen in wirtschaftlichen Entscheidungspositionen tätig sind, dürfte dies auch die Gleichstellung der Geschlechter in Unternehmen und in der Gesellschaft im Allgemeinen fördern. Es ist von wesentlicher Bedeutung für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa, dass sowohl Frauen als auch Männer ihr Potenzial voll ausschöpfen können.

[Pressemitteilung](#)

EU-Haushalt 2023: Welt im Wandel gestalten

Die Kommission hat am 7. Juni 2022 für das kommende Jahr einen EU-Haushalt in Höhe von 185,6 Milliarden Euro vorgeschlagen. Dazu sollen noch weitere geschätzt 113,9 Milliarden Euro kommen, und zwar durch Finanzhilfen im Rahmen des Wiederaufbauprogramms NextGenerationEU.

Der Haushalt spiegelt die politischen Prioritäten der EU wider, die für eine nachhaltige Erholung und die Stärkung der Resilienz Europas von entscheidender Bedeutung sind. Daher schlägt die Kommission folgende Mittelzuweisungen (Mittel für Verpflichtungen) vor:

- 103,5 Mrd. € an Finanzhilfen aus NextGenerationEU im Rahmen der **Aufbau- und Resilienzfazilität** zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung.
- 53,6 Mrd. € für die **Gemeinsame Agrarpolitik** und 1,1 Mrd. Euro für den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds
- 46,1 Mrd. € für **regionale Entwicklung und Kohäsion**, um wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu unterstützen ebenso wie Infrastruktur
- 14,3 Mrd. € **zur Förderung unserer Partner und Interessen weltweit**, davon 12 Mrd. Euro im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit
- 13,6 Mrd. € für **Forschung und Innovation**, davon 12,3 Mrd. Euro für Horizont Europa, das Leitprogramm der Union für Forschung. Hinzukommen könnten 1,8 Mrd. Euro an Finanzhilfen aus NextGenerationEU.
- 4,8 Mrd. € für **Europäische strategische Investitionen**, davon 341 Mio. Euro für InvestEU für Schlüsselprioritäten (Forschung und Innovation, ökologischer und digitaler Wandel, Gesundheitswesen und strategische Technologien), 2,9 Mrd. Euro für die Fazilität „Connecting Europe“ zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastruktur und 1,3 Mrd. Euro für das Programm „Digitales Europa“ zur Gestaltung der digitalen Zukunft der Union. InvestEU könnte außerdem 2,5 Mrd. Euro an Finanzhilfen aus NextGenerationEU erhalten.
- 4,8 Mrd. € für **Menschen, sozialen Zusammenhalt und Werte**, davon 3,5 Mrd. Euro für Erasmus+ zur Schaffung von Bildungs- und Mobilitätsmöglichkeiten, 325 Mio. € für die Unterstützung von Künstlern und Kulturschaffenden in ganz Europa und 212 Mio. Euro für die Förderung von Justiz, Rechten und Werten.
- 2,3 Mrd. € für **Umwelt- und Klimapolitik**, davon 728 Mio. € für das LIFE-Programm zur Unterstützung des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel.
- 2,2 Mrd. € als **Ausgaben für den Weltraum**, hauptsächlich für das Weltraumprogramm der Union, das die Maßnahmen der Union in diesem strategischen Bereich zusammenführt.
- 2,1 Mrd. € für den **Schutz unserer Grenzen**
- 1,6 Mrd. € für **migrationsbezogene Ausgaben**, davon 1,4 Mrd. € zur Unterstützung von Migranten und Asylsuchenden im Einklang mit unseren Werten und Prioritäten.
- 1,2 Mrd. € für die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich **Verteidigung**
- 927 Mio. € für die Gewährleistung des **reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts**
- 732 Mio. € für EU4Health, damit den **Bedürfnissen der Menschen im Bereich Gesundheit** umfassend Rechnung getragen werden kann, sowie 147 Mio. € für das Katastrophenschutzverfahren der Union (rescEU), damit im Krisenfall rasch operative Unterstützung geleistet werden kann.
- 689 Mio. € für **Sicherheit**, davon 310 Mio. € für den Fonds für die innere Sicherheit (ISF) zur Bekämpfung von Terrorismus, Radikalisierung, organisierter Kriminalität und Cyberkriminalität.
- 138 Mio. € für **sichere Satellitenverbindungen** im Rahmen des Vorschlags für ein neues Unionsprogramm, das Programm der Union für sichere Konnektivität.

[Pressemitteilung](#)
[EU-Haushalt 2023](#)

Steuereinnahmen in der EU sinken – öffentliche Ausgaben steigen

Die Steuereinnahmen der EU-Mitgliedsstaaten sind zum ersten Mal seit der Finanzkrise 2009 zurückgegangen. Zugleich stiegen aufgrund der COVID-19-Pandemie die öffentlichen Ausgaben, und zwar von 46,5 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 auf 53 % des BIP im Jahr 2020. Dies hat die EU-Kommission in ihrem [Jahresbericht über die Besteuerung 2022](#) veröffentlicht.

Der Bericht veranschaulicht die große Belastung der Volkswirtschaften, die sich aus der Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ergeben. In vielen Mitgliedsstaaten werden daher Sofortmaßnahmen gegen die derzeitigen Krisen ergriffen, dazu gehören eine vorübergehende Senkung der Energiebesteuerung sowie Einkommensbeihilfen für ärmere oder am stärksten betroffene Haushalte.

Veranstaltungsreihe geplant

Der Jahresbericht 2022 über die Besteuerung wurde mit einem begleitenden [Bericht über die auffälligsten Steuertrends in den Mitgliedstaaten](#) in den letzten Jahren veröffentlicht. Die Veröffentlichung des Berichts markiert auch den Beginn einer Reihe von Veranstaltungen zur Zukunft des Steuerrahmens. Höhepunkt der Veranstaltungsreihe wird am 28. November 2022 das Steuersymposium „Steuermix in der EU bis 2050“ sein. Hier sollen Anregungen für eine zukünftige Gestaltung der Steuerpolitik erarbeitet werden, die auch in die künftigen politischen Prioritäten der Europäischen Kommission einfließen werden.

[Jahresbericht über die Besteuerung 2022](#)

[Bericht über die auffälligsten Steuertrends in den Mitgliedstaaten](#)

Europäisches Parlament billigt Pläne zur Auffüllung der Gasspeicher vor dem Winter

Als Reaktion auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine sollen die strategischen Gasreserven der EU vor dem Winter schneller aufgefüllt werden, um die Energieversorgung zu sichern. Dafür sorgen soll eine neue Verordnung, [auf die sich die Ministerinnen und Minister der EU schon geeinigt haben](#). Sie legt fest, dass die Gasspeicher bis zum 1. November 2022 zu mindestens 80 % gefüllt sein müssen. Die Mitgliedstaaten und Betreiber sollten noch weitergehen und einen Füllstand von 85 % anstreben. In den kommenden Jahren wird das Ziel bei 90 % liegen, damit die Bürger*innen in Europa sicher vor möglichen Versorgungsengpässen sind. In dem Text der Verordnung heißt es außerdem, dass die Mitgliedstaaten unbedingt Gas aus mehr Quellen beziehen und Energieeffizienzmaßnahmen fördern müssen. Nach der Verordnung sollen Gasspeicheranlagen in Zukunft als kritische Infrastruktur gelten. Alle Speicherbetreiber müssen sich entsprechend zertifizieren lassen, damit Einflussnahme von außen möglichst verhindert wird. Betreiber, die diese Zertifizierung nicht erhalten, können Gasspeicheranlagen künftig weder besitzen noch kontrollieren. Bis August dieses Jahres will die Kommission Leitlinien veröffentlichen, wie die EU-Staaten gemeinsam Gas beschaffen können. Diese freiwillige Regelung greift dann, wenn sich mindestens zwei Mitgliedstaaten darauf einigen.

EP-Ausschüsse Umwelt und Wirtschaft lehnen KOM-Vorschlag zur Taxonomie ab

Der Wirtschafts- und der Umweltausschuss des EP haben am 14. Juni 2022 in einer gemeinsamen Sitzung den Kommissionsvorschlag zur sogenannten Taxonomie abgelehnt. Mit der Taxonomie sollen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum erforderliche „grüne“ Investitionen unterstützt werden. Der Vorschlag klassifiziert bestimmte fossile Gase und die Atomkraft als Aktivitäten, die im Übergang zu erneuerbaren Energien zur Abmilderung des Klimawandels beitragen sollen. Die Abgeordneten lehnten den KOM-Vorschlag ab und verwiesen darauf, dass die Kriterien, die die Kommission in ihrem Vorschlag bzgl. des Nachweises der technischen Standards aufführt, nicht den Kriterien für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung entsprächen. (Der Vorschlag stammt i.Ü. noch aus der Zeit vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und berücksichtigt nicht die strategische Entscheidung gegen fossile Energie aus russischen Quellen.) Anfang Juli 2022 soll das Votum im Plenum des Europäischen Parlaments folgen. Eine Ablehnung wäre dort nur mit absoluter Mehrheit möglich, d. h. mindestens 353 Abgeordnete müssen den Kommissions-Vorschlag ablehnen. Falls eine Ablehnung auch im Plenum erfolgt, müsste die Kommission ihren Vorschlag zurückziehen oder Änderungen vorschlagen.

[Pressemitteilung](#)

Zugang zu Beschäftigung für Flüchtlinge aus der Ukraine

Seit Ausbruch des Kriegs gegen die Ukraine sind mehr als 7 Millionen Menschen aus der Ukraine in die EU geflohen. Bisher sind nur relativ wenige Personen im erwerbsfähigen Alter in den EU-Arbeitsmarkt eingetreten, obwohl damit zu rechnen ist, dass diese Zahl noch steigen wird. Um die Menschen rasch

in den Arbeitsmarkt zu integrieren, hat die Kommission am 14. Juni Leitlinien vorgestellt, die konkret beschreiben, wie die Menschen aus der Ukraine auf dem Weg in den Arbeitsmarkt gefördert werden können. Empfohlen wird unter anderem die Unterstützung von Arbeitgebern, die Personen einstellen, welche vor dem Krieg geflohen sind, sowie Zuschüsse für Unternehmensgründungen. Bestehende Qualifikationen sollen schnell anerkannt und neue unterstützt werden.

[Pressemitteilung](#)

EU einigt sich auf einheitliche Standards für Mindestlöhne

Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten haben sich am 7. Juni 2022 auf einheitliche Standards für Mindestlöhne in der Europäischen Union geeinigt. Die Standards regeln, wie gesetzliche Mindestlöhne festgelegt, aktualisiert und durchgesetzt werden sollen. Zudem sieht das Gesetzesvorhaben vor, dass EU-Länder Aktionspläne festlegen, um die Tarifbindung zu steigern, wenn deren Quote unter 80 Prozent liegt. Der Vorschlag legt weder ein gemeinsames Mindestlohnniveau fest, noch verpflichtet er die Mitgliedstaaten zur EU-weiten Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. EU-Parlament und Rat müssen den Kompromiss noch formell bestätigen. Anschließend haben die EU-Länder zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht zu übertragen.

[Pressemitteilung](#)

Neue Finanzierungsmodelle für Investitionen in Energieeffizienz und ökologischeres Wohnen

EU-Zuschüsse und -Darlehen sollen zu günstigen Bedingungen kombiniert werden können, um Investitionen in die Energieeffizienz und in regionale Projekte des [Neuen Europäischen Bauhaus](#) zu begünstigen. Dafür haben die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank am 20. Juni 2022 zwei neue Modelle für Finanzierungsinstrumente vorgestellt.

Eines der Modelle soll Investitionen in die Energieeffizienz im Rahmen von RepowerEU fördern. Das zweite Modell unterstützt Projekte der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“. Die Modelle sollen den lokalen Behörden einen Anreiz bieten, den Einsatz von Finanzinstrumenten zu unterstützen, um die Ziele des Grünen Deals zu erreichen. Durch die Kombination von EU-Mitteln und anderen öffentlichen Mitteln mit Darlehensfinanzierung durch die EIB und andere Finanzintermediäre wie Banken werden mehr Finanzmittel für grüne Projekte zur Verfügung gestellt.

[Pressemitteilung der EIB vom 20. Juni](#)

[Neues Europäisches Bauhaus](#)

[REPowerEU-Maßnahmen: erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie für Europa](#)

Rat nimmt Gasspeicher-VO an

Der Rat hat auf seiner Tagung am 27. Juni 2022 den Vorschlag für eine Gasspeicherverordnung gebilligt. Mit der Annahme durch den Rat ist das Verfahren abgeschlossen. Die Verordnung wird in Kürze im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

- Gemäß der VO müssen die Gasspeicher im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten bis 01.11.2022 zu mindestens 80 % befüllt sein müssen.
- Bis zum Winter 2023/2024 sollen die Speicher zu 90 % befüllt sein.
- Insgesamt wird die Union anstreben, im Jahr 2022 gemeinsam einen Füllstand von 85 % der gesamten unterirdischen Gasspeicherkapazität in der Union zu erreichen.
- Da die Gasspeicherkapazitäten und die nationalen Gegebenheiten sehr unterschiedlich sind, können die Mitgliedstaaten die Speicherziele je nach ihrer Situation teilweise erreichen, indem sie die Bestände an Flüssigerdgas oder alternativen Kraftstoffen hinzuzählen. Um der Situation der Mitgliedstaaten mit im Verhältnis zu ihrem nationalen Gasverbrauch sehr hohen Speicherkapazitäten Rechnung zu tragen, wird die Verpflichtung zur Befüllung der unterirdischen Speicher auf 35 % des durchschnittlichen jährlichen Gasverbrauchs der Mitgliedstaaten in den vergangenen fünf Jahren begrenzt.
- Da einige Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet nicht über Speichereinrichtungen verfügen, sieht die Verordnung vor, dass diese Mitgliedstaaten 15 % ihres jährlichen Gasverbrauchs in Anlagen anderer Mitgliedstaaten speichern und somit Zugang zu den in anderen Mitgliedstaaten gelagerten Gasreserven haben. Dieser Mechanismus wird ihre Gasversorgungssicherheit erhöhen und zugleich die finanzielle Belastung aus der Auffüllung der Speicherkapazitäten der Union aufteilen.
- Außerdem sieht die Verordnung die obligatorische Zertifizierung aller Betreiber unterirdischer Gasspeicherstätten durch die Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten vor. Mit ihrer Zertifizierung soll die potenzielle Gefahr einer externen Einflussnahme auf kritische Speicherinfrastrukturen gebannt werden, die die Energieversorgungssicherheit der Union oder andere wesentliche Sicherheitsinteressen gefährden könnten. Für Speicherstätten mit einer Kapazität von mehr als 3,5 TWh, die in den Jahren 2020 und 2021 unter dem Unionsdurchschnitt für die Befüllung lagen, ist ein beschleunigtes Zertifizierungsverfahren vorgesehen.
- Die Verpflichtungen zur Auffüllung der Speicherkapazitäten laufen am 31. Dezember 2025 aus, während die Verpflichtungen zur Zertifizierung der Betreiber von Speichern über dieses Datum hinaus fortbestehen. Die Verordnung sieht eine Ausnahmeregelung für Zypern, Malta und Irland vor, solange diese Länder nicht direkt mit dem Gasnetz anderer Mitgliedstaaten verbunden sind.

Bis August 2022 will die Europäische Kommission Leitlinien veröffentlichen, wie die EU-Staaten gemeinsam Gas beschaffen können. Diese freiwillige Regelung greift dann, wenn sich mindestens zwei Mitgliedstaaten darauf einigen.

- [Verordnung zur Änderung der Verordnung \(EU\) 2017/1938 und der Verordnung \(EG\) Nr. 715/2009 hinsichtlich der Gasspeicherung](#)
- [Gasspeicherung: Rat und Parlament erzielen Einigung \(Pressemitteilung, 19. Mai 2022\)](#)
- [Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über die Gasspeicherung](#)
- [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 24./25. März 2022](#)
- [Energiepreise und Versorgungssicherheit](#)

Flexibler auf Krisen reagieren: Einfachere Regeln für EU-Kohäsionspolitik

Die EU-Kommission will die Vorschriften der EU-Kohäsionspolitik vereinfachen. Damit sollen die Mitgliedstaaten die negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffs auf die Ukraine besser abfedern können. Kohäsionspolitik hat das Ziel, Ungleichheiten bei der Entwicklung der Regionen abzubauen und so den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Konkret schlägt die Kommission unter anderem vor, die Vorfinanzierungszahlungen an die Mitgliedstaaten zu erhöhen, die Möglichkeit einer 100%igen Kofinanzierung durch die EU auszuweiten und die Kostenübernahme zur Deckung der Grundbedürfnisse von Flüchtlingen zu erhöhen. Auch sollen künftig mindestens 30 Prozent der Mittel für Projekte eingesetzt werden, die von lokalen Behörden verwaltet werden - um Investitionen dorthin zu lenken, wo sie benötigt werden. Außerdem sollen Projekte auch in der nächsten Förderperiode weiter unterstützt werden können, beispielsweise im Bausektor, wenn Preiserhöhungen, Rohstoff- und Arbeitskräftemangel einen rechtzeitigen Abschluss verhindert haben.

Die vorgeschlagenen Änderungen der [Dachverordnung 2014–2020](#) und der [Dachverordnung 2021–2027](#) müssen noch vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden.

[Pressemitteilung](#)

Kommission: Mitteilung zur EU-Fischereipolitik

In der jährlichen [Mitteilung](#) zur EU-Fischereipolitik stellte die Kommission am 1. Juni 2022 ihre Agenda für das nächste Jahr vor. Dazu zählen ein besseres Fischereimanagement im Mittelmeerbecken, die Verbesserung der Datenerhebung und mehr Maßnahmen zum Schutz der Meeresökosysteme. Die Mitgliedstaaten sollen nicht nur die Einhaltung der Anlandeverpflichtung verstärkt durchsetzen und kontrollieren, sondern sie sollen auch Rückwürfe unerwünschter Fänge unterbinden. Insbesondere sollten sie geeignete moderne Kontrollinstrumente wie elektronische Fernüberwachungssysteme einsetzen. Die Kommission will mit dem Europäischen Parlament und dem Rat zusammenarbeiten, um eine Einigung über die überarbeitete Fischereikontrollregelung zu erzielen, die den Einsatz solcher Instrumente erleichtern sollen. Die Kommission will weiterhin auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele in allen Bereichen hinarbeiten, auch in Partnerschaft mit Nachbarländern wie dem Vereinigten Königreich und Norwegen, und in Kürze einen Aktionsplan zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der Meeresökosysteme veröffentlichen. Weiterhin stellte sie fest, dass die Fischerei in der EU in den letzten Monaten mit großen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine konfrontiert war. Die Preise für Schiffstreibstoffe haben sich fast verdoppelt. Fischereien in der Nähe der Ukraine wurden aus Sicherheitsgründen geschlossen.

[Pressemitteilung](#)

Einigung zur Verordnung über landwirtschaftliche Statistiken

Rat und Europäisches Parlament erzielten am 2. Juni 2022 eine vorläufige politische Einigung über die Verordnung über landwirtschaftliche Input- und Output-Statistiken (SAIO). Diese Verordnung ist Teil der Modernisierung des europäischen Systems der Agrarstatistik und soll durch die Verbesserung und Stärkung der Statistiken über landwirtschaftliche Betriebsmittel und Erzeugnisse in der Landwirtschaft dazu beitragen, das Wissen über landwirtschaftliche Praktiken und Produktion im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu verbessern.

Die Überarbeitung der SAIO-Verordnung betrifft Daten zu landwirtschaftlicher Produktion, pflanzlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Preisen. Ziel ist es, genauere Statistiken über landwirtschaftliche Betriebsmittel (Preise für Saatgut, Pestizide, Futtermittel usw.) und Produkte (Pflanzen- und Vieherzeugung und -preise) bereitzustellen.

Für Pflanzenschutzmittel (PSM) wurde eine Übergangsfrist von drei Jahren ab 2025 mit einer Zwischendatenerhebung für das Bezugsjahr 2026 vereinbart. Ab dem Basisjahr 2028 erfolgt die Datenerhebung jährlich mit jährlicher Veröffentlichung ab 2030. Voraussetzung für diese jährlichen Datenerhebungen ist jedoch die Existenz elektronischer Register für gewerbliche Verwender von Pflanzenschutzmitteln. Die Erhebung von PSM-Daten basiert auf einer gemeinsamen Liste repräsentativer Pflanzen, die während der Übergangszeit entwickelt wird. Die SAIO-Verordnung sieht während dieser Übergangszeit eine europäische Finanzierung vor, um die nationalen statistischen Ämter bei der Vorbereitung der jährlichen Erhebung von KKP-Daten zu unterstützen.

Im weiteren Verfahren muss die Einigung vom Rat und Europäischen Parlament formell bestätigt werden.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Grüner Deal: Weniger chemische Pestizide, umfassende Renaturierung

Bis zum Jahr 2030 soll der Einsatz chemischer Pestizide in der EU halbiert und sollen 80 Prozent der geschädigten Ökosysteme in Europa wiederhergestellt werden. Das schlug die Kommission am 22. Juni 2022 mit einem Gesetzesentwurf zur Wiederherstellung der Natur vor.

Die Kommission präsentierte dazu Vorschläge für die Rechtsakte, die ausdrücklich auf die Wiederherstellung der Natur in Europa abzielen. Laut diesem Vorschlag für ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur gelten für jeden Mitgliedstaat rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung der Natur in verschiedenen Ökosystemen. Diese Ziele ergänzen die bestehenden Rechtsvorschriften. Bis 2030 sollen für mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresgebiete der EU Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt und diese bis 2050 auf alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme ausgedehnt werden.

Das Gesetz soll die bisherigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur wie z. B. Renaturierung, Wiederaufforstung, Begrünung von Städten oder Beseitigung von Umweltbelastungen **ausweiten**, damit sich die Natur erholen kann. **Zu den vorgeschlagenen Zielen gehören:**

- Umkehr des Rückgangs von **Bestäuber-Populationen** bis 2030 und danach Vergrößerung ihrer Populationen,
- Kein Nettoverlust an **städtischen Grünflächen** bis 2030, eine Zunahme um 5 Prozent bis 2050 und eine Baumüberschirmung von mindestens 10 Prozent in allen europäischen Städten, Kleinstädten und Vororten sowie Nettozunahme an Grünflächen, die in Gebäude und Infrastruktur integriert sind,
- In landwirtschaftlichen Ökosystemen **Zunahme der biologischen Vielfalt** insgesamt und positive Entwicklung bei Wiesenschmetterlingen, Feldvögeln, organischem Kohlenstoff in mineralischen Ackerböden und Landschafts-Elementen mit großer Vielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen,
- Die Wiederherstellung und -vernässung von landwirtschaftlich genutzten entwässerten **Torfmooren** und Torf-Abbaubereichen,
- In **Wald-Ökosystemen** Zunahme der biologischen Vielfalt insgesamt und positive Entwicklung in Bezug auf die Vernetzung der Wälder, Totholz, den Anteil von Wäldern mit uneinheitlicher Altersstruktur, Waldvögel und den Bestand an organischem Kohlenstoff,
- Wiederherstellung von **Meeres-Lebensräumen** wie Seegraswiesen oder Sedimentböden und Wiederherstellung der Lebensräume von Meerestieren wie Delfinen und Schweinswalen, Haien und Seevögeln,
- Entfernung von Hindernissen in Flüssen, damit mindestens 25 000 Flusskilometer bis 2030 in **frei fließende Flüsse** umgewandelt werden.

Die beiden Vorschläge werden nun vom Europäischen Parlament und vom Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren geprüft. Nach der Annahme wird sich die Wirkung vor Ort schrittweise entfalten: bis 2030 müssen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur ergriffen worden sein, und die Ziele für Pestizide sollen bis 2030 erreicht werden.

[Pressemitteilung](#)

[Fragen und Antworten zum Gesetz über die Wiederherstellung der Natur](#)

[Factsheet zum Gesetz zur Wiederherstellung der Natur](#)

[Factsheet zu biologischer Vielfalt und Resilienz](#)

35 Jahre Erasmus+

Am 15. Juni 2022 feierte das europäische Bildungsprogramm Erasmus+ sein 35-jähriges Bestehen. Seit dem Start am 15. Juni 1987 haben mehr als zwölf Millionen Europäerinnen und Europäer das Programm genutzt, um Auslandserfahrung zu sammeln – davon fast 1 Million Deutsche im Hochschulbereich. Gestartet ist Erasmus 1987 mit zunächst 3.200 Studierenden aus elf Ländern, u. a. aus Deutschland. In der aktuellen Programmgeneration seit 2021 sind Inklusion und Vielfalt wichtige Ziele der europäischen Bildungspolitik. Es geht um Teilhabe an der Gesellschaft und Chancengerechtigkeit im Hinblick auf alle möglichen Ursachen von Benachteiligungen.

An Erasmus+ nehmen 33 Länder als Programmländer teil: Die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und die Türkei. Zwar ist das Vereinigte Königreich nach dem Brexit kein Programmland mehr, es bleibt aber Partnerland. [Pressemitteilung](#)

Rat nimmt Empfehlung zum Lernen für den grünen Wandel an

Am 16. Juni 2022 haben die Ministerinnen und Minister eine Empfehlung angenommen, wonach die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Strategien und Programme zum Lernen für den grünen Wandel und die nachhaltige Entwicklung anzuregen und zu unterstützen. Ziel ist es, dass Lernende aller Altersgruppe das Wissen entwickeln, um nachhaltiger zu leben, sowie die in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt erforderlichen Kompetenzen aufbauen und Maßnahmen für eine nachhaltige Zukunft ergreifen.

[Pressemitteilung](#)

Rat empfiehlt europäischen Ansatz für Microcredentials

Am 16. Juni 2022 empfiehlt der Rat den Mitgliedstaaten, einen europäischen Ansatz für Microcredentials zu verfolgen, um das lebenslange Lernen zu fördern. Insbesondere geht es um eine einheitliche Definition, Standards und Grundprinzipien bei der Gestaltung und Ausstellung von Microcredentials, „Microcredentials“ dokumentieren Lernergebnisse, die Lernende im Rahmen einer weniger umfangreichen Lerneinheit erzielt haben. Ziel ist die kohärente Entwicklung und Nutzung von Microcredentials durch Mitgliedstaaten, Interessenträger und Anbieter (von Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung bis zu Privatunternehmen). Mit diesem neuen Instrument würde EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die vor erheblichen demografischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen stehen, ermöglicht, die Vorteile individuell angepasster Lern- und Berufswege zu nutzen. [Pressemitteilung](#)

Neues Erasmus+-Pilotprojekt wird Gütesiegel für Hochschulen erproben

Am 15. Juni 2022 hat die Kommission veröffentlicht, dass sie mit einem gemeinsamen europäischen Gütesiegel die transnationale Zusammenarbeit zwischen Hochschulen in Europa voranbringen will. Geplant ist, dass das Gütesiegel als Zusatzzertifikat zu den Qualifikationen der Absolventen von Studiengängen auszustellen sei. Voraussetzung ist die transnationale Zusammenarbeit zwischen mehreren Hochschuleinrichtungen. Damit das Hochschulgütesiegel erprobt und institutionalisierte EU-Kooperationsinstrumente getestet werden können, hat die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen von Erasmus+ veröffentlicht. Ziel ist es, die Leitinitiativen der europäischen Hochschulstrategie voranzutreiben und die transnationale Zusammenarbeit auf die nächste Stufe zu heben.

[Pressemitteilung](#)

Neue Europäische Bildungsplattform

Aus zwei bereits gut etablierten Plattformen, der für eTwinning und dem School Education Gateway, wurde jetzt eine neue, gemeinsame Bildungsplattform gegründet. Die ‚European School Education Platform‘ richtet sich speziell an Lehrkräfte, Forscherinnen und Forscher, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und weitere Expertinnen und Experten, von der früh-kindlichen Bildung bis zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Bei der aktuell freigeschalteten Plattform handelt es sich um eine erste Version, die in den kommenden Monaten noch um weitere Angebote und Funktionalitäten erweitert werden soll. Während dieser Zeit stehen die aktuellen Plattformen von eTwinning und School Education Gateway weiterhin zur Verfügung und ermöglichen einen Zugang zu fast allen ihrer Angebote. Grundsätzlich ist die neue Plattform, einschließlich der redaktionellen Inhalte, frei zugänglich, für die Nutzung bestimmter Dienste werden ein Konto und Anmelde-daten benötigt. [Zur Webseite](#)

EU-Forschungskooperation - Schweiz und UK

Derzeit ist die Schweiz beim aktuellen europäischen Forschungsprogramm Horizon Europe ein nicht assoziierter Drittstaat und kann damit am EU-Programm so gut wie nicht mehr teilnehmen (Gescheitertes Rahmenabkommen). Aus diesem Grund hat die Schweiz auch für 2022 eine Übergangslösung vergleichbar mit der Förderung des sehr erfolgreichen Europäischen Forschungsrat ERC ausgeschrieben – die sog. „SNSF Advanced Grants“ und „SNSF Swiss Postdoctoral Fellowships“. Diese Ausschreibungen werden am 1. August 2022 und am 1. September 2022 eröffnet. Der europäische Wirtschaftsdachverband Business Europe und die beiden Schweizer Dachverbände Schweizerischer Arbeitgeberverband SAV und Economiesuisse fordern die Regierung der Schweiz und die EU-Kommission auf, die Verhandlungen zügig wieder aufzunehmen. Ziel ist es, dass Forscherinnen und Forscher aus der Schweiz wieder am europäischen Forschungsrahmenprogrammen teilnehmen können.

Mit einer sogenannten „Horizon Europe guarantee“ hat die britische Regierung ebenfalls ein Programm installiert, das die Finanzierung erfolgreicher Antragsteller für aktuelle Ausschreibungsrunden der EU bei Horizon Europe garantieren soll, unabhängig vom Ergebnis und der Geschwindigkeit der Assoziierung des Vereinigten Königreichs bei dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe. Diese Garantie sei eine kurzfristige Maßnahme, um die Verzögerungen bei der Formalisierung der Assoziierung des Vereinigten Königreichs mit Horizon Europe auszugleichen. Der Finanzierungsweg ist für gemeinsame Forschungs- und Innovationsaufrufe unter den Säulen 1, 2 und EIC-Aufrufe unter Säule 3 von Horizon Europe vorgesehen. Also inkl. Calls beim Europäischen Forschungsrat ERC und Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA).

[Weiterführung der SNSF Advanced Grants und SNSF Swiss Postdoctoral Fellowships \(snf.ch\)](#)

[Verbandsschreiben Schweiz](#)

[Apply for Horizon Europe guarantee funding](#)

Kultur und Kreativität

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut(EIT) hat die Gründung seiner Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) für Kultur und Kreativität bekannt gegeben. Sie kommt zu den acht bereits bestehenden Gemeinschaften hinzu, die sich drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen widmen: Klima, Digitalisierung, Energie, Gesundheit, Rohstoffe, Lebensmittel, Fertigung und urbane Mobilität. Dem erfolgreichen Konsortium „ICE – Innovation by Creative Economy“ unter der Leitung der Fraunhofer-Gesellschaft gehören 50 Partner aus 20 Ländern an, die ein großes geografisches Gebiet abdecken. Die Mission der neuen EIT-Gemeinschaft besteht darin, das Innovationspotenzial des Kultur- und Kreativsektors freizusetzen und zu seinem nachhaltigen Wachstum und seiner Erholung nach der COVID-19-Pandemie beizutragen. Diese neue europaweite Partnerschaft wird zentrale Akteure aus Bildung, Forschung und Wirtschaft zusammenbringen und Europa mit gut ausgebildeten Fachkräften und innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern versorgen, die die Ergebnisse der Spitzenforschung in Innovation ummünzen werden.

[Pressemitteilung](#)

EU geförderter Film in Cannes mit Goldener Palme ausgezeichnet

Bei der 75. Ausgabe des [Filmfestivals von Cannes](#) war der von der EU geförderte Film „Triangle of Sadness“ von Ruben Östlund der große Gewinner: Er erhielt die prestigeträchtige Goldene Palme sowie den CST Technical Award für den besten Künstler/Techniker. Östlund ist bekannt für humorvolle und bissige Studien menschlichen Verhaltens, und eine solche präsentiert er auch in „Triangle of Sadness“. Der Film ist eine Satire auf die Welt von Influencern und Superreichen. Der Preis für das beste Drehbuch ging an „Boy from Heaven“ von Tarik Saleh. Der Film „Love According to Dalva“ von Emmanuelle Nicot erhielt einen Preis beim Wettbewerb „La Semaine de la Critique“.

[Pressemitteilung](#)

Digitales COVID-Zertifikat der EU ein weiteres Jahr gültig

Das digitale COVID-Zertifikat der EU kann weiter benutzt werden. Ursprünglich wäre es am 30. Juni 2022 abgelaufen. Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten im Rat haben sich nun darauf geeinigt, es um ein Jahr zu verlängern, wie von der Kommission vorgeschlagen. Das Europäische Parlament und der Rat haben sich auch darauf geeinigt, einige zusätzliche Änderungen am System der digitalen COVID-Bescheinigung der EU vorzunehmen, damit es für die Bürgerinnen und Bürger noch leichter zugänglich ist. Insbesondere werden die Mitgliedstaaten in der Lage sein, Zertifikate für Teilnehmer an klinischen Versuchen auszustellen und zusätzliche Arten von Antigentests anzuerkennen. Das Europäische Parlament und der Rat müssen die gestern gefundenen politische Einigung noch förmlich beschließen. Bis zum 31. Dezember 2022 wird die Kommission einen Bericht über das digitale COVID-Zertifikat der EU veröffentlichen, dem ein Vorschlag zur Verkürzung der Geltungsdauer der Verordnung beigefügt werden kann, der die Entwicklung der epidemiologischen Situation berücksichtigt.

[Pressemitteilung](#)

Affenpocken: EU sichert Impfstoffe für die Mitgliedstaaten

HERA, die neu geschaffene Europäische Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen, hat für die EU-Staaten Impfstoff-Dosen gegen die Affenpocken gekauft. Mit dem Hersteller Bavarian Nordic hat sie die Lieferung von fast 110.000 Dosen seines Impfstoffs der dritten Generation vereinbart. Erstmals wurden europäische Haushaltsmittel eingesetzt, um über das EU4Health-Programm direkt Impfstoffe für die Mitgliedstaaten zu kaufen. Der Impfstoff der dritten Generation wurde von der Europäischen Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) für die HERA und in ihrem Namen gekauft. Es ist das erste Mal, dass europäische Haushaltsmittel eingesetzt werden, um über das EU4Health-Programm direkt Impfstoffe für die Mitgliedstaaten zu kaufen und ihnen dann zu spenden. Die Impfstoffe der dritten Generation sind auf EU-Ebene derzeit nur zum Schutz von Erwachsenen vor Pocken zugelassen. Eine Pockenimpfung schützt aber auch vor Affenpocken, da deren Virus eng mit dem Pockenvirus verwandt ist. Einige Mitgliedstaaten haben bereits nationale Ausnahmeregelungen für den zeitlich begrenzten Einsatz des Impfstoffs gegen Affenpocken gewährt. Die Europäische Arzneimittel-Agentur ist bereit, die Mitgliedstaaten bei der Ermöglichung solcher Ausnahmeregelungen zu unterstützen und hat sich proaktiv an das Unternehmen gewandt, um den zulassungsrechtlichen Ablauf zu beschleunigen.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Ausschuss der Regionen: 150. Plenarsitzung

Der Europäische Ausschuss der Regionen versammelt sich am 29. und 30. Juni zu seiner 150. Plenarsitzung. Turnusmäßig steht nach 2 ½ Jahren Legislaturperiode die Wahl eines neuen Präsidiums an. Der bisherige 1. Vizepräsident [Vasco Alves Cordeiro](#) (Portugal S&D) wird neuer Präsident und tauscht die Aufgabe mit dem bisherigen Präsidenten [Apostolos Tzitzikostas](#) (Christdemokrat Nea Demokratia, Griechenland).

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Netz der regionalen und lokalen EU-Beauftragten

In den Regionen und Städten der Europäischen Union gibt es über eine Million gewählte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die in ihrer täglichen Arbeit laufend mit europäischen Vorschriften, Förderprogrammen und Debatten zu tun haben. Das Netz baut auf den positiven Erfahrungen auf, die in Ländern wie Österreich, Frankreich und Deutschland von jenen Politikerinnen und Politikern der zentralen, regionalen und kommunalen Ebene gesammelt wurden, die als EU-Beauftragte für europäische Angelegenheiten zuständig sind. Das Netz richtet sich an Regional- und Kommunalpolitiker, die in die Regierung, das Parlament oder die Versammlung einer Region, Stadt, Provinz, Gemeinde oder eines Dorfes gewählt wurden. Durch die Bewerbung bestätigt der Politiker/die Politikerin, dass er/sie von der jeweiligen Institution gewählt wurde, um den entsprechenden Wahlkreis zu vertreten. Es können ein oder mehrere Vertreter derselben Institution für die Dauer ihres Mandats den Titel „Mitglied des AdR-Netztes der regionalen und lokalen EU-Beauftragten“ führen. Die Mitgliedschaft in diesem nach dem Bottom-up-Prinzip organisierten Netz ist freiwillig. Es gibt kein Auswahlverfahren; alle Politiker und Politikerinnen, die sich bewerben, werden in das Netz aufgenommen.

[Pressemitteilung](#)

Den Menschen die EU näherbringen: Neues Projekt gestartet

Gemeinderäte und Behörden in der gesamten EU können künftig den Menschen in ihrem Wahlkreis oder ihrer Region die EU einfacher näherbringen. Dafür hat die Europäische Kommission das Projekt „Building Europe with Local Councillors“ (BELC) gestartet. Das Projekt wird ein EU-weites Netzwerk aufbauen, das den lokalen Behörden aktuelle Materialien über EU-Politik und -Vorschriften an die Hand gibt, die sich auf ihren Wahlkreis auswirken könnten. Zudem bietet BELC Zugang zu Webinaren über wichtige Themen und eröffnet die Möglichkeit, die EU-Institutionen zu besuchen. Gemeinderäte und Behörden können sich ab sofort für die Teilnahme an diesem Projekt anmelden. Das Projekt ist eine direkte Antwort auf die kürzlich abgeschlossene Konferenz zur Zukunft Europas: Eine dabei erhobene Forderung ist ein System lokaler EU-Räte, um die Distanz zwischen den EU-Institutionen und den europäischen Bürgern zu verringern. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen und seinem „Europäisches Netz der regionalen und lokalen EU-Beauftragten“ (s.o.) durchgeführt. Die Kommunikation über die EU ist eine gemeinsame Aufgabe der EU-Institutionen und aller Verwaltungsebenen in den Mitgliedstaaten.

[Pressemitteilung](#)

Einberufung „MV Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“

Im Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten wird der „MV Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum“ eingerichtet. Als Beratungsgremium der Landesregierung soll dieser Empfehlungen für die Zusammenarbeit im Ostseeraum abgeben und Vorhaben anregen. Die Zuständigkeiten der Ressorts bleiben davon unberührt. Der Ostseeraum im Zentrum Europas birgt enorme Chancen und Potenziale. Mecklenburg-Vorpommern ist ein aktiver Partner bei der Gestaltung einer friedlichen, demokratischen und prosperierenden Zukunftsregion in Europa und möchte dies durch die Gründung des Kooperationsrats verstärken und zukunftsfit aufstellen.

Der Kooperationsrat hat im Wesentlichen zwei Aufgaben:

1. Er berät und begleitet die Landesregierung bei der Erstellung der Ostseestrategie für Mecklenburg-Vorpommern. Ziel ist es, diese innerhalb eines Jahrs vorzulegen.
2. Er unterstützt die Landesregierung bei der Umsetzung der Strategie.

Der Kooperationsrat wird aus Sachverständigen mit fachlicher Expertise und Praxiswissen gleichermaßen bestehen. Die Mitglieder des Rates sind ehrenamtlich tätig. Als Ergebnis seiner Arbeit wird der Kooperationsrat einen Bericht mit Handlungsempfehlungen für die Landesregierung erstellen.

Nachhaltige Meerespolitik: EU verstärkt ihr Engagement

Die Europäische Union treibt die internationale Meerespolitik voran und verstärkt ihr Engagement für saubere und nachhaltig bewirtschaftete Ozeane. Vor der [2. Ozeankonferenz der Vereinten Nationen](#) in der kommenden Woche in Lissabon und der [UN-Biodiversitätskonferenz \(COP15\) im Dezember in Montreal](#) haben EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius und Josep Borrell, eine [aktualisierte EU-Agenda](#) für internationale Meerespolitik vorgelegt.

Bei der internationalen Meerespolitik geht es darum, die Weltmeere und ihre Ressourcen gemeinsam zu bewirtschaften, damit sie gesund und produktiv sind und von heutigen und künftigen Generationen genutzt werden können. Die vorgelegte neue Gemeinsame Mitteilung baut auf der [Mitteilung aus dem Jahr 2016](#) auf und trägt wichtigen Trends wie den verschärften Auswirkungen des Klimawandels und dem gefährlichen Rückgang der biologischen Vielfalt Rechnung. Sie berücksichtigt auch veränderte geopolitische Bedingungen wie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der zu Instabilität und Unsicherheit und zur Aussetzung bestimmter Initiativen geführt hat.

Die EU verpflichtet sich zu folgenden Schritten:

Stärkung des Rahmens für die internationale Meerespolitik auf **globaler, regionaler und bilateraler Ebene**;

Verwirklichung der **Nachhaltigkeit** der Ozeane bis 2030 durch ein koordiniertes und komplementäres Konzept für gemeinsame Herausforderungen und kumulative Auswirkungen;

Sicherstellung, dass die Ozeane ein **sicherer und geschützter** Raum werden, da der Wettbewerb in internationalen Gewässern zunimmt und die multilaterale Zusammenarbeit immer stärker gefährdet ist;

Aufbau von internationalem **Wissen** über die Ozeane für evidenzbasierte Entscheidungsfindung, um Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Ozeane zu treffen.

[Pressemitteilung](#)

12. Laufende Konsultationen

Bank- und Finanzdienstleistungen	
10. Mai 2022 – 2. August 2022	Rahmen für ein „Offenes Finanzwesen“ (Open Finance) – Ermöglichung des Datenaustauschs und des Zugangs Dritter im Finanzsektor
10. Mai 2022 – 2. August 2022	Zahlungsdienste – Überprüfung der EU-Vorschriften
28. Oktober 2021 – 24. August 2022	Alignment EU rules on capital requirements to international standards (prudential requirements and market discipline)
Binnenmarkt	
29. April 2022 – 13. Juli 2022	EU-weiter Schutz geografischer Angaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse
3. April 2022 – 12. Juli 2022	Bauprodukte – Überarbeitung der EU-Vorschriften
29. März 2022 – 2. August 2022	Zugang zu Fahrzeugdaten, -funktionen und -ressourcen
Digitale Wirtschaft und Gesellschaft	
28. Juni 2022 – 26. Juli 2022	Weltfunkkonferenz 2023 – Standpunkt der EU
Energie	
22. Juni 2022 - 20. Juli 2022	Erneuerbare Energie – Methode zur Berechnung des Anteils erneuerbarer Energie aus gemeinsamer Verarbeitung
23. Mai 2022 - 15. August 2022	Vorschriften für die Energieverbrauchskennzeichnung von Einzelraumheizgeräten (Überprüfung)
20. Mai 2022 - 27. Juli 2022	Projekte im Bereich erneuerbare Energien – Genehmigungsverfahren und Strombezugsverträge
Inneres	
21. Juni 2022 – 19. Juli 2022	Terrorismusprävention – neue Vorschriften für das Inverkehrbringen und den Einsatz von Chemikalien mit hohem Risiko
30. Mai 2022 – 15. August 2022	Bekämpfung der organisierten Kriminalität – Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten
20. Mai 2022 – 15. Juli 2022	Illegaler Handel mit Kulturgütern – Aktionsplan der EU
13. Mai 2022 – 25. August 2022	Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern: Erkennung, Entfernung und Meldung illegaler Online-Inhalte

29. April 2022 – 15. August 2022	<u>Kombinierte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Drittstaatsangehörige</u>
29. April 2022 – 15. August 2022	<u>Migration und Mobilität – Stärkung der Rechte langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger</u>
20. April 2022 – 13. Juli 2022	<u>Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern – Überprüfung der EU-Vorschriften</u>
Institutionelle Angelegenheiten	
20. Mai 2022 – 20. Juli 2022	<u>Energie – Aktualisierung der EU-Rechtsvorschriften, um die EU von fossilen Brennstoffen aus Russland unabhängig zu machen (REPowerEU)</u>
Justiz und Grundrechte	
20. Mai 2022 – 20. Juli 2022	<u>Energie – Aktualisierung der EU-Rechtsvorschriften, um die EU von fossilen Brennstoffen aus Russland unabhängig zu machen (REPowerEU)</u>
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	
27. Juni 2022 – 25. Juli 2022	<u>Einfuhr ökologischer/biologischer Lebensmittel – Liste der anerkannten Kontrollstellen (Berichtigung)</u>
22. Juni 2022 – 17. August 2022	<u>Umstellung auf ein Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe (FSDN)</u>
5. Mai 2022 – 28. Juli 2022	<u>Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch</u>
5. Mai 2022 – 28. Juli 2022	<u>Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch – EU-Beihilfe</u>
Lebensmittelsicherheit	
24. Juni 2022 – 22. August 2022	<u>Pestizide – nachhaltige Verwendung (aktualisierte EU-Vorschriften)</u>
24. Mai 2022 – 16. August 2022	<u>Verringerung der Lebensmittelverschwendung – Zielvorgaben</u>
29. April 2022 – 22. Juli 2022	<u>Rechtsvorschriften für Pflanzen, die mithilfe bestimmter neuer genomischer Verfahren gewonnen werden</u>
28. April 2022 – 21. Juli 2022	<u>Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem - neue Initiative</u>
Maritime Angelegenheiten und Fischerei	
1. Juni 2022 – 25. August 2022	<u>Sustainable fishing in the EU: state of play and orientations for 2023</u>

16. Juni 2022 – 8. September 2022	Aktualisierung der EU-Strategie für maritime Sicherheit und des zugehörigen Aktionsplans
Statistiken	
27. Juni 2022 – 25. Juli 2022	EU-Statistik über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte (Liste der Variablen)
27. Juni 2022 – 25. Juli 2022	EU-Statistik über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte (Spezifikationen für Variablen und Qualitätsberichte)
Steuern	
27. Juni 2022 – 25. Juli 2022	MwSt – Behördenzusammenarbeit und Betrugsbekämpfung (Evaluierung)
14. Juni 2022 – 12. Juli 2022	Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Steuerbereich – technische Modalitäten für den Informationsaustausch zwischen den EU-Ländern
13. Mai 2022 – 29. Juli 2022	Freibetrag als Anreiz gegen eine Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung (DEBRA)
11. April 2022 – 04. Juli 2022	Verbrauchssteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke – Evaluierung der Verbrauchssteuersätze und der Steuerstrukturen
Umwelt	
24. Juni 2022 – 22. August 2022	Schutz der biologischen Vielfalt: Ziele für die Wiederherstellung der Natur im Rahmen der EU-Biodiversitätsstrategie
22. Juni 2022 – 20. Juli 2022	Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien – aktualisierte Liste der Anmerkungen
10. Juni 2022 – 8. Juli 2022	Elektrogeräte – sechswertiges Chrom als Korrosionsschutzmittel in Gasabsorptionswärmepumpen (RoHS-Ausnahme)
3. Juni 2022 – 1. Juli 2022	Schwermetalle in Fahrzeugen, die verschrottet werden sollen – aktualisierte Liste der Ausnahmen
24. Mai 2022 – 16. August 2022	Umweltauswirkungen der Abfallbewirtschaftung – Überarbeitung der EU-Abfallrahmenrichtlinie
23. Mai 2022 – 26. August 2022	Nährstoffe – Aktionsplan für ein besseres Management
12. Mai 2022 – 04. August 2022	Umwelthaftungsrichtlinie (Bewertung)
Unternehmen und Industrie	
3. April 2022 – 12. Juli 2022	Bauprodukte – Überarbeitung der EU-Vorschriften

Verbraucherschutz	
13. Mai 2022 – 8. Juli 2022	Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher – Überprüfung der EU-Vorschriften
Verkehr	
20. Juni 2022 – 18. Juli 2022	Meldeformalitäten in der Schifffahrt – Spezifikationen, Standards und Verfahren für das europäische Umfeld zentraler Meldeportale für den Seeverkehr
13. Juni 2022 – 11. Juli 2022	Seeverkehrsberichterstattung – geänderte Meldepflichtenliste und neuer Datensatz (europäisches Umfeld zentraler Meldeportale für den Seeverkehr)
10. Juni 2022 – 2. September 2022	Eisenbahnagentur der EU – Bewertung der Arbeit der Agentur durch die Europäische Kommission
1. Juni 2022 – 1. September 2022	Triebfahrzeugführer – verbessertes EU-Zertifizierungssystem
26. April 2022 – 19. Juli 2022	Nutzfahrzeuge – Gewicht und Abmessungen (Bewertung)
Wettbewerb	
30. Juni 2022 – 6. Oktober 2022	EU-Verfahrensvorschriften im Kartellbereich – Bewertung
27. Juni 2022 – 25. Juli 2022	Staatliche Beihilfen – Freistellung geringer Beihilfebeträge (sog. „De-minimis-Beihilfen“) (Aktualisierung)
23. Juni 2022 – 21. Juli 2022	Luftverkehrsleitlinien – Verlängerung von Betriebsbeihilfen für Regionalflughäfen (Reaktion auf COVID-19)
17. März 2022 – 15. Juli 2022	Vorschriften für staatliche Beihilfen für Banken in Schwierigkeiten – Bewertung
Wirtschaft, Finanzen und der Euro	
25. Mai 2022 – 17. August 2022	Der Europäische Fonds für strategische Investitionen – Ex-post-Evaluierung der EFSI-2.0-Verordnung
4. Januar 2022 – 18. August 2022	Weitere Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau – Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments/des Rates
Öffentliches Gesundheitswesen	
22. Juni 2022 – 20. Juli 2022	Rauchfreie Umgebungen – aktualisierte Empfehlung
4. Mai 2022 – 28. Juli 2022	Digitale Gesundheitsdaten und -dienste – europäischer Raum für Gesundheitsdaten

13. Termine

Europäische Kommission

5. Juli 2022	Use of innovative technologies for agricultural early warning systems
7. Juli 2022	Trade and Technology Council Working Group 9 - Webinar: Intellectual property and SMEs in the digital economy

Rat der Europäischen Union und Europäischer Rat

7. Juli 2022	Ausschuss der Ständigen Vertreter (Coreper II)
11. Juli 2022	Euro-Gruppe

Europäisches Parlament

4. – 7. Juli 2022	Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
11. – 14. Juli 2022	Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments

Europäischer Ausschuss der Regionen

10. – 11. Juli 2022	Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER)
---------------------	---

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

5. Juli 2022	Erschwinglicher und nachhaltiger Wohnraum in der EU
--------------	---

Ostseekooperation

Veranstaltungsübersicht: <https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/>

7. – 9. Juli 2022	IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“ in Greifswald
8. Juli 2022	Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit Interreg B-Projekte – neuer Call
15. – 20. August 2022	Baltic Sea Youth Camp 2022 in Lappeenranta/Finnland
17. – 25. September 2022	CBSS Summer University 2022 in Danzig/Polen
22. September 2022	Baltic Sea Business Day- Unternehmertag - in Rostock
26. – 27. September 2022	27. Generalversammlung der KPKR-Ostseekommission in Helsinki/Finnland
28. – 29. September 2022	13. Stakeholder Forum der EU-Ostseestrategie in Lappeenranta/Finnland

14. Ansprechpartner(innen)

Ansprechpartner(innen)	Themenbereiche
Dr. Lars Friedrichsen Leiter Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: lars.friedrichsen@mv-office.eu	<i>Institutionelle Fragen, Öffentlichkeitsarbeit</i>
Dr. Merten Barnert Stellv. Leiter Telefon: +32-2 741-6006 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu	<i>Energie, Infrastruktur, Verkehr, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation</i>
Dr. Sylvia Völzer Referentin Telefon: +32-2 741-6774 E-Mail: sylvia.voelzer@mv-office.eu	<i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport, Gleichstellung</i>
Henning Machedanz (in Elternzeit) Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu	<i>Justiz, Inneres, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen</i>
NN Referent(in) Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: poststelle@mv-office.eu	
NN Referent(in) Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: poststelle@mv-office.eu	<i>Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Soziales</i>
Petra Götz Sachbearbeiterin Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu	<i>Haushalt, Organisation, Verwaltung, Veranstaltungen</i>
Alexander Mannewitz Assistenz der Leitung Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu	<i>Administration, IT-Technik, Digitale Medien, Veranstaltungen</i>